

Festlegungsprotokoll der Videokonferenz des Parteivorstandes vom 4. April 2020

10.10 bis 10.20 Uhr TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt. Katja Kipping erläuterte die Verfahrensregeln zur Arbeitsweise bei Videokonferenzen, die mit großer Mehrheit angenommen wurden.

Die Antragsfristen für die kommende Beratung wurden mehrheitlich angenommen. Die Fristen sind:

- 6.4. um 18 Uhr Antragsschluss
- 8.4. 13 Uhr Antragsschluss für Änderungsanträge
- 9.4. 15 Uhr Versendung einer Abstimmungsvorlage

Es wurde mehrheitlich für eine Redezeit von 3 Minuten gestimmt.

Nachgereichte Vorlagen und Änderungsanträge wurden in die Tagesordnung eingeordnet. Die Tagesordnung wurde bestätigt.

10.20 bis 14.00 Uhr TOP 2 Aktuelles

Die aktuellen politischen Themen der Diskussion waren:

- die aktuelle Situation in der Corona-Krise:
 - der Druck aus der Wirtschaft, die Ausgangsbeschränkungen schnellstmöglich aufzuheben und die Prognose des Sachverständigenrates zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung
 - die steigenden Arbeitslosenzahlen
 - die soziale Spaltung durch Homeschooling
 - die aktuellen Umfragen und die starke Stärkung der CDU
 - die Sorgen der Menschen aufgrund von sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit
 - die Sozial- und Wirtschaftspolitik für die Zeit nach Corona
 - die Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle zum Thema Corona (AG Parteiarbeit in Zeiten von Corona), wie z.B. der Leitfaden zur sozialen Vernetzung und die Sonder-Webseite zu Corona, Filmmangebote, Webinare oder Online-Veranstaltungen mit den Vorsitzenden und BGF
 - die Feststellung der außergewöhnlichen Notsituation in Sachsen zur Aussetzung der Schuldenbremse und die dafür notwendigen Stimmen der LINKEN
 - die aktuelle politische Situation in den Ländern und den Kommunen
 - die Krisenbewältigung in Island
 - die Einschränkung der Grundrechte
 - die Regierungspolitik in Berlin. In diesem Zusammenhang wurde die Idee geäußert, eine Übersicht zu den jeweiligen Maßnahmen in den einzelnen Bundesländern zu erstellen
 - die Frage Markt vs. Sozialismus
 - die unterschiedlich hart gehandhabten Kontrollen zur Einhaltung der Ausgangsbeschränkungen durch die Behörden
 - die Aktivitäten des Jugendverbandes

- o die Anmietung von Häusern für von Gewalt betroffenen Frauen und für Obdachlose in Berlin
- o die Notwendigkeit, unsere Positionen deutlich zu machen
- o die Anregung, ein Krisen-Sofortprogramm und ein Zukunftsprogramm zu verfassen
- o die Notwendigkeit zur Nachjustierung beim Kurarbeitergeld
- o die fehlenden Empfehlungen des RKI zum Umgang in Sammelunterkünften
- o konkrete Nachbarschaftshilfe der Genossinnen und Genossen
- o die Notwendigkeit der Erarbeitung von konkreten Schutz- und Präventionsmaßnahmen
- o die Hinweise der BAG Antifaschismus zu Fake News
- o die Übersicht der Bundestagsfraktion über die einzelnen Hilfsprogramme (wurde bereits an alle PV Mitglieder verschickt)
- o die besonders schwierige wirtschaftliche Situation der Solo-Selbständigen
- o die besonders gefährdete Situation in der ambulanten Pflege
- o die Notwendigkeit eines angemessenen ÖPNV-Angebots
- o die Befürchtungen vor einer Triage in Deutschland
- o die Rüstungsexporte
- o der im Contergan-Skandal geschlossene Vergleich zwischen Grünenthal und den betroffenen Eltern, der sich im April zum 50. Mal jährt

Es gab folgende Bitten:

- o die Berichte aus den Ländern sollten künftig möglichst vorab schriftlich zur Verfügung gestellt werden
- o positive Hilfsbeispiele aus den Kommunen in der Bundesgeschäftsstelle zu sammeln

Die wirtschaftspolitischen Forderungen zum Beschluss „053 Solidarisch aus der Krise: Menschen vor Profite!“ wurden mit Änderungen mehrheitlich angenommen. **Beschluss 2020/053A**

Die internationalen Forderungen zum Beschluss „053 Solidarisch aus der Krise: Menschen vor Profite!“ wurde mit Änderungen bei wenigen Nein Stimmen und Enthaltungen mehrheitlich angenommen. **Beschluss 2020/053B**
Nach der Abstimmung gaben Judith Benda und Jan van Aken persönliche Erklärungen ab.

13.10 bis 13.30 Uhr Pause

- Jörg Schindler informierte über die aktuelle Situation zur Vorbereitung und Durchführung des Parteitags. Die Vorbereitungen wie z.B. Delegiertenwahlen können derzeit nicht stattfinden, z.B. in Baden-Württemberg sind alle Veranstaltungen bis Juni untersagt. Viele unserer Mitglieder gehören Hochrisiko-Gruppen an. Auch die allgemeine Situation zum Parteitag selbst ist noch nicht absehbar. Deshalb sollen in der kommenden Woche Gespräche mit der Halle für einen Alternativtermin im November geführt werden. Da die großen Hallen aber sehr lange im Voraus vergeben werden, wird es nicht einfach sein.
Laut Satzung müssen wir bis Jahresende einen Parteitag durchführen und auch den Parteivorstand neu wählen. Möglicherweise könnte dann neben der Wahl des Parteivorstandes auch die Wahl der Spitzenkandidat_innen vorgenommen und auf einen eintägigen Parteitag im März 2021 verzichtet werden. Das bleibt aber noch offen.
Der Einberufungsbeschluss aus dem Februar muss revidiert werden.

Es folgte eine Diskussion

Der Parteivorstand war der Auffassung, dass der Termin im Juni nicht gehalten werden kann und es dann ratsam ist, nach einem Ersatztermin zu suchen. Die formalen Voraussetzungen könnten auf der PV-Beratung am 14. April geschaffen werden.

Am Dienstag (7. April) findet eine gemeinsame Beratung des GfPV mit den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführer_innen zu diesem Thema statt.

14.00 bis 14.45 Uhr **TOP 3 Verständigung zum Mitgliederentscheid der BAG**

Jörg Schindler informierte über die Verständigung zum Mitgliederentscheid mit der BAG Grundeinkommen.

Es folgte eine Diskussion

Der Parteivorstand unterstützt das Vorgehen und die bisherige Verständigung mit der BAG mit überwiegender Mehrheit. Die weiteren Verabredungen mit der BAG werden dem Parteivorstand für die Sitzung am 14. April schriftlich vorgelegt.

14.45 bis 14.50 Uhr **TOP 4 Bundesparteitag Erfurt 2020**

- Die Anträge zur Änderung Bundessatzung wurden zur Kenntnis genommen, sie werden im Umlaufverfahren abgestimmt.

14.50 bis 14.55 Uhr **TOP 5 Behandlung weiterer Vorlagen**

- Der Bericht zur Sommeruniversität 2019 wurde zur Kenntnis genommen. Die Durchführung der Sommeruniversität 2020 wurde mit großer Mehrheit beschlossen. **Beschluss 2020/049**
- Die Auswertung der Strategiekonferenz in Kassel wurde bei einigen Enthaltungen vertagt.
- Die Einrichtung einer AG zur Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der Online-Kommunikation wurde mehrheitlich angenommen. **Beschluss 2020/054**

14.55 bis 15.00 Uhr **TOP 5 Verschiedenes**

- Die nächste Videokonferenz findet am 14. April statt. Die Antragsfristen wurden unter TOP 1 abgestimmt; die darauffolgende Videokonferenz findet laut regulärem Sitzungsplan am 25. April statt.
- Als inhaltliche Diskussionsschwerpunkte für eine der kommenden Beratungen wurden Schuldenbremse/ Fiskalpakt vorgeschlagen.

15.00 Uhr Ende der Beratung.

Anwesenheit:

	4. April
Aken, Jan van	Ja, ab 10.40
Al-Dailami, Ali	Ja, bis 14.50
Bank, Tobias	Ja
Benda, Judith	Ja
Benda, Friederike	Ja
Brix, Arne	Ja, bis 14.45
Buchholz, Christine	Ja, ab 12.45
Fehst, Franziska	Ja
Gennburg, Katalin	Ja
Gleiss, Thies	E
Grünberg, Harri	Ja
Gutperl, Bettina	Ja
Hartmann, Stefan	ja
Haydt, Claudia	
Hunko, Andrej	Ja
Hupach, Sigrid	Ja, bis 14.40
Kipping, Katja	Ja
Köditz, Kerstin	E
Krämer, Ralf	Ja, bis 14.45
Leonidakis, Sofia	Ja
Merk, Xaver	Ja
Nastic, Zaklin	Ja

	4. April
Nord, Thomas	Ja, ab 10:20
Oldenburg, Simone	Ja, bis 13:10
Pflüger, Tobias	
Redler, Lucy	E
Renner, Martina	Ja
Riekewald, Franziska	Ja
Riexinger, Bernd	Ja
Schaft, Christian	Ja
Scheringer-Wright, Johanna	
Schirdewan, Martin	
Schneider, Christiane	ja
Schindler, Jörg	Ja
Seifert, Ilja	Ja
Tändler-Walenta, Marika	E
Tempel, Frank	Ja, ab 1.00
Troost, Axel	ja
Visser, Jochem	Ja
Wissler, Janine	Ja
Wolf, Harald	Ja
Zelik, Raul	Ja, ab 12:45

Gäste (manche nur stundenweise):

Name	Bereich/Institution
Janina Bloch	Bundesgeschäftsstelle
Barbara Borhardt	Präsidium Bundesausschuss
Katharina Dahme	Bundesgeschäftsstelle

Christoph Kröpl	Bundesgeschäftsstelle
Martin Glasenapp	Bundesgeschäftsstelle
Claudia Gohde	Bundesgeschäftsstelle
Conny Swillus-Knöchel	Bundesgeschäftsstelle
Christina Kaindl	Bundesgeschäftsstelle
Mandy Eißing	Bundesausschuss
Thomas Lohmeier	Bundesgeschäftsstelle
Götz Lange	Bundesgeschäftsstelle
Willi van Ooyen	Bundesausschuss
Artur Pech	Präsidium Bundesausschuss
Daniel Wittmer	Bundesgeschäftsstelle
Nadia Zitouni	Bundesgeschäftsstelle

Aufgeschrieben von: Nadia Zitouni

Verteiler: Verteiler entsprechend Geschäftsordnung des Parteivorstandes, Anlage 2
Bereichs- und Büroleiter/innen der Bundesgeschäftsstelle.